

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 51 (1957)
Heft: 5

Artikel: Weltrundschau : der Gegenstoss ; Politik der Illusionen ; Zwischen Mittelmeer und Pazifik ; Kampf um Eisenhower ; Licht aus dem Osten?
Autor: Kramer, Hugo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-140180>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

versündigt hat. Er kann deshalb frei und fröhlich sein, da er weiß, daß er nicht Unrecht getan hat. Aber ich, eine Weiße, die einer unerträglich dominierenden und herrschsüchtigen Rasse angehöre, muß im Innersten erschrecken, wenn wieder ein Neger im Süden gelyncht wird. Ich bin so von meiner Schuld als Weiße erfüllt, daß ich ganz klein werde, wenn ich bloß sehe, wie die Neger in einem besonderen Zugabteil reisen müssen.»

M. F.

WELTRUNDSCHAU

Der Gegenstoß So ist es immer in entscheidungsvollen Zeiten, sei es des persönlichen Lebens, sei es des Völkerlebens: Wenn irgendwo die Kräfte des Guten sich sammeln und zum Durchbruch ansetzen, dann rafft unfehlbar das Böse — *der Böse* — seine Scharen zusammen und kämpft verbissen, ja verzweifelt um den Sieg — um so mehr, je Größeres für ihn auf dem Spiele steht; denn «er weiß, daß seine Zeit kurz ist». Wir dürfen uns darum nicht wundern, daß auf die ach noch so zaghafte und wenig radikale Bewegung, die sich in den Völkern gegen die Atombombenversuche, gegen den Krieg mit Kernwaffen, ja gegen den Krieg und die Vorbereitung darauf überhaupt erhoben hat, nun der entschlossene Gegenstoß erfolgt, der von den Militärgläubigen aller Nationen und Denkrichtungen getragen wird. Nicht nur werden die Gelehrten und Militärs (und natürlich auch die Theologen; siehe die jüngste Zürcher Kirchensynode!) aufgeboten, um die Schädlichkeit der Bombenexperimente zu bagatellisieren; die H-Bombe und mit ihr der Kernwaffenkrieg selber werden uns als lange nicht so vernichtend hingestellt, wie es von uns «Laien» geglaubt werde, ja die «Väter der Wasserstoffbombe» haben letzthin höchstpersönlich bei Präsident Eisenhower vorgesprochen, um ihm zu versichern, sie seien daran, eine Bombe herzustellen, die sozusagen überhaupt keinen radioaktiven Niederschlag zurücklasse, so daß die Zivilbevölkerung von einem Kernwaffenkrieg kaum geschädigt würde. Wer dennoch auf der tödlichen Gefährdung des irdischen Lebens durch Atombombenversuche und vollends einen Atomkrieg beharrt, wird flugs als Werkzeug oder doch unbewußter Helfershelfer Moskaus diffamiert, als einer, der der «freien Welt» ihre entscheidende Abwehrwaffe gegenüber der kommunistischen Drohung aus der Hand schlagen wolle. Die Kriegsrüstungen, so heißt es von allen Seiten, müßten auf jeden Fall ungehemmt weitergehen, auch in der Schweiz; ein aus dem Berner Pressebüro der Sozialdemokratischen Partei stammender Artikel behauptet mehr als kühn, die Frage, ob gegenüber den

neuen Atomwaffen eine Kleinstaatarmee noch einen Sinn habe, werde «von sämtlichen Militärfachleuten des Westens wie des Ostens eindeutig bejaht», und die Atomwaffenversuche seit 1945 hätten tatsächlich bewiesen, «daß gegen Atomgeschosse ein Schutz möglich ist und daß trotz dem Einsatz von Atomwaffen militärische Operationen durchführbar sind», womit die schweizerische Militärmaschinerie wieder einmal glücklich gerettet ist!

Dabei verwickeln sich die Gewaltgläubigen freilich in heillose Widersprüche. Die «Neue Zürcher Zeitung» zum Beispiel erzählt uns (in Nr. 1805), für die Westvölker seien die taktischen Atombomben «das einzige Mittel, das angesichts der ungeheuren Überlegenheit der Landarmeen der Sowjetunion und ihrer Satelliten an Zahl der Divisionen, der Geschütze, Panzer, Flugzeuge eine wirksame Verteidigung gegen einen Angriff auf Westeuropa verspricht». Merkwürdig! Bisher waren es die *strategischen* Atombomben, die uns allein vor einem solchen Angriff schützten, weil sie die Sowjetunion von einem Überfall auf den Westen überhaupt abschreckten. Jetzt sollen es auf einmal die *taktischen* Atombomben sein, da man offenbar der Abschreckungswirkung der H-Bomben doch nicht traut. Nimmt man also an, die Russen würden ihre Invasion des Westens, um nicht den vernichtenden amerikanischen Gegenschlag mit Wasserstoffbomben herauszufordern, mit bloß taktischen Atomwaffen ins Werk setzen, denen die NATO ihrerseits mit ebensolchen Waffen als ihrem entscheidenden Verteidigungsmittel entgentreten müßten? Das widerspräche aber allen Erklärungen der NATO-Generäle, die sich auf einen grundsätzlichen Beschluß vom Jahre 1954 berufen, wonach *jeder* Angriff eines kommunistischen Staates, auch wenn er nur mit den hergebrachten Waffen oder mit taktischen Atombomben geführt werde, mit der sofortigen Eröffnung des H-Bomben-Krieges beantwortet werden müsse. Es ist darum ganz unwahrscheinlich, daß die Sowjetunion nur mit taktischen Kernwaffen angreifen würde, wenn sie zum Krieg entschlossen wäre. Aber selbst wenn so auf beiden Seiten zunächst lediglich taktische Atombomben eingesetzt würden, erwüchse daraus mit völliger Sicherheit früher oder später doch ein allgemeiner, hemmungsloser Atomkrieg mit H-Bomben. Wo bleiben dann die taktischen Bomben, die nach der «NZZ» und anderen «sachverständigen» Organen «das einzige Mittel» sind, «das sie (die Westvölker) angesichts der Unterlegenheit ihrer konventionellen Rüstung vor dem kommunistischen Zugriff bewahren kann»? Zu solchen Propagandakniffen muß man greifen, um nicht der Wahrheit die Ehre zu geben und anzuerkennen, daß die Anhäufung von H-Bomben *kein* wirksamer Schutz gegen einen dritten Weltkrieg ist, daß ein solcher Krieg von vornherein mit allzerstörenden strategischen Kernwaffen geführt würde und daß darum die konventionellen Militärrüstungen, eingeschlossen taktische Atombomben, auf keinen

Fall mehr eine kriegsentscheidende Rolle spielen können. Aber was bleibt einem anderes übrig, als die Völker zu beschwindeln und ihnen einzureden, daß gegen Atombomben sehr wohl ein Schutz möglich und eine erfolgreiche Landesverteidigung auch gegen Kernwaffen denkbar sei, wenn man mit seinem hetzerischen Antikommunismus Tag für Tag eine Politik unterstützt, die, wenn sie noch etwas länger betrieben wird, nur im Krieg münden kann — im Krieg, den man ja im Ernst auch gar nicht verhindern, sondern, wenn er dann ausbricht, *gewinnen* will, wie dies Sinn und Zweck aller militärischen Rüstungen ist und immer war?

Politik der Illusionen Um so notwendiger ist es, unermüdlich zu zeigen, daß, was die politische und militärische Strategie der Westmächte ist, keine «Politik der Stärke» darstellt, sondern eine Politik ärgster Illusionen, die geradenwegs in die Katastrophe hineinführt, wenn nicht *vorher* das Erwachen kommt. Die Lüge von der friedliebenden freien Welt, die sich nur durch immer höher gesteigerte Rüstungen vor der gewaltsamen Bolschewisierung schützen könne, muß immer wieder an Hand der Tatsachen bloßgestellt werden. Der Erkenntnis muß zum Durchbruch verholfen werden, daß der Weltkommunismus einen Krieg weder brauchen kann noch im stillen wünscht, um seine Ziele zu erreichen, vielmehr in friedlichem Wettbewerb mit dem Kapitalismus und einem verbürgerlichten Sozialismus die höher entwickelten wie die unterentwickelten Völker zu erobern hofft, daß es also Aufgabe der *wirklich* freien Nationen ist, durch eine eigene, bessere, gründlichere Revolution der Gemeinschaftsordnungen den Kommunismus unnötig zu machen und *dauerhaft* zu überwinden. Und mit besonderer Wachsamkeit muß der großen Gefahr begegnet werden, daß die Vorbereitung einer falschen, *militärischen* Abwehr des Kommunismus bis zu einem Punkte vorwärtsgetrieben wird, wo sie — gewollt oder unwillkürlich — in den «heißen» Krieg mit den letzten, scheußlichsten Vernichtungswaffen umschlägt.

Daß dies das Ende der ganzen «Politik der Stärke» sein müßte, sollte vor allem den *Deutschen* klar sein, die schon zweimal den Zusammenbruch einer solchen Politik erlebt haben. Vielen von ihnen *ist* es auch klar. Die Sozialdemokratische Partei insbesondere empfiehlt jetzt endlich, wenn auch nur mit großen Hemmungen und Vorbehalten und offenbar mehr der Not (des beginnenden Wahlkampfes) gehorchend als dem eigenen Trieb, den Weg der Neutralisierung Gesamtdeutschlands im Rahmen eines europäisch-amerikanischen Sicherheitssystems. Aber auch die nun in der Opposition befindliche Freie Demokratische Partei — die Partei des «linken Bürgertums» der Bundesrepublik — rückt von der Politik des machtmäßigen Auftrumpfens gegenüber der Sowjetunion recht deutlich ab. Einer ihrer Führer, Minister Leverenz, sagte an ihrem jüngsten Parteitag, die Gefahr eines

russischen Angriffskrieges, wenn sie überhaupt einmal bestanden habe, sei «auf absehbare Zeit hinaus gebannt», so daß man mit Aussicht auf Erfolg mit der Sowjetunion verhandeln könne, die noch so gern bereit sei, Ostdeutschland zu räumen, wenn sie dafür angemessene Sicherheitsgarantien gegenüber dem Westen bekomme. «Wer hinfort noch freie gesamtdeutsche Wahlen am Anfang und absolute Entscheidungsfreiheit für die zu bildende gesamtdeutsche Regierung am Ende verlangt, ist ein Utopist, der seine Hand lassen soll von der Politik, in der nur harte Realitäten, nicht aber idealistische Wunschträume Gestaltungskraft haben.» Gerade solchen — nicht einmal idealistischen — Wunschträumen hangen aber die Regierungsparteien und ihr Halbgott Adenauer unbelehrbar nach. Was der Bundeskanzler im März 1952 erklärte, das ist auch heute noch sein Programm: «Erst wenn der Westen stark ist, ergibt sich ein wirklicher Ausgangspunkt für friedliche Verhandlungen mit dem Ziel, nicht nur die Sowjetzone, sondern das ganze versklavte Europa östlich des Eisernen Vorhanges zu befreien.» Wobei unter «friedlichen Verhandlungen» natürlich ultimative Forderungen an Moskau unter dem Druck stärkster Kriegsrüstungen zu verstehen sind. Kein Wunder, daß die Regierung Adenauer-Brentano-Strauß ihr möglichstes tut — und das ist nicht wenig —, um alle Abrüstungsbemühungen zu hintertreiben, die vor der Annexion Ostdeutschlands durch die Bundesrepublik und vor dem ersehnten Aufstand der «versklavten» Ostvölker unternommen werden.

In anderer Weise wiederum ist *Frankreich* in die Illusion einer Politik der Stärke verstrickt. Einmal natürlich durch die Revolutionsfurcht seiner herrschenden Klasse, die als populärer Antikommunismus bis tief in die Arbeiterschaft auch von den Nichts- und Wenigbesitzenden geteilt wird. Dann aber durch das bittere Gefühl der meisten «patriotischen» Franzosen, daß Frankreich, die «grande nation» von einst, seine Rolle als Großmacht ausgespielt habe — mindestens im Sinne des militärischen Nationalismus und Kolonialismus. Was man im Zusammenhang mit dem Suez- und dem Algerienkrieg häufig als «Molletismus» bezeichnet hat, die Selbstverständlichkeit, mit der die Großzahl der Franzosen die reaktionäre, abenteuerliche Afrika- und Orientpolitik einer «sozialistischen» Regierung gutgeheißen hat, das hat hier seine Wurzel. Alexander Werth sieht darin — in der *New Yorker Nation* vom 8. Juni — geradezu «die bemerkenswerteste aller ideologischen Entwicklungen während der letzten zehn Jahre»:

«Genau wie Hitler», so schreibt er, «die ‚Demütigung‘ Deutschlands durch den Versailler Vertrag und Mussolini das Gefühl ausbeutete, daß Italien durch die Friedensmacher von 1919 um die Früchte des Sieges geprellt wurde, so stellt der Molletismus eine Reaktion auf die nationale Demütigung von 1940 dar, auf die Verdrängung Frankreichs in die hinteren Ränge der internationalen Politik seit 1944 und vor allem auf die Niederlage in Indochina 1954 und die folgenden ‚Kapitulationen‘ in Tunesien und Marokko. Mollet führte seinen Wahlkampf mit dem Schlagwort ‚Schluß mit diesem sinnlosen Algerienkrieg!‘, aber der Nationalmolletismus

wurde am 6. Februar 1956 in Algier geboren, als Mollet beflissen vor dem Aufschrei der Algerienfranzosen kapitulierte, daß man sie ‚nicht im Stich lassen dürfe‘ und daß Algerien ‚das letzte Bollwerk von Frankreichs Größe‘ sei.»

Mollet selbst ist inzwischen gestürzt worden; genauer: er hat sich stürzen lassen, weil er einer anderen Regierung die Verantwortung für das Herauskommen aus dem finanziellen Schlamassel aufladen wollte, in das er Frankreich hineingeritten hat, und doch überzeugt war, daß seine Algerienpolitik fortgeführt werden müsse, auch wenn die sozialistische Fraktion die neue Regierung Bourgès-Maunoury nur von außen her, in der Nationalversammlung, stützen würde. Und tatsächlich steuert der «Radikale» Bourgès den Kurs des «Sozialisten» Mollet geradlinig weiter. Die Dinge verschlechtern sich darum auch in Algerien von Tag zu Tag. Das Gemetzel von Melouza — dessen Hintergrund noch lange nicht aufgeheilt ist — zeigt drastisch, bis zu welchem Grade die algerische Luft durch die endlose Fortsetzung des gnadenlos von beiden Seiten geführten Krieges vergiftet worden ist. Die 500 000 Mann, die Frankreich jetzt in Algerien stehen hat, genügen so je länger, je weniger, obgleich es schon hinlänglich bezeichnend ist, daß auf je vier erwachsene Algerier ein französischer Soldat kommt und das Geld für die Aufrechterhaltung des französischen Militärapparats, wenn es ins algerische Volk selbst hineinflöÙe, es erlauben würde, jeder muselmanischen Familie mehr als 60 000 Francs (etwa 750 sFr.) je Kopf und Jahr auszuzahlen — mehr als die Großzahl der erwerbstätigen Algerier im Jahr verdient.

Die Pariser Nationalversammlung hat zwar die neuen Steuern, die zur Deckung der wahnsinnigen Kosten des Algerienkrieges dienen sollen, dem Kabinett Bourgès mit knapper Mehrheit bewilligt; aber im Ernst weiß kein Mensch, wie sich nun Mollets Nachfolger aus der trüben Affäre ziehen soll, ohne ehrliche Friedensverhandlungen mit den «Rebellen» anzuknüpfen, deren Ziel nur in der Anerkennung Algeriens als selbständigen Freistaates, wenn auch im Rahmen der Französischen Union, bestehen kann. Wie weit die Pariser Regierung von solchen Verhandlungen entfernt ist, lehrt ihr Begehren um außerordentliche Vollmachten, die es erlauben sollen, auch die 400 000 algerischen Arbeiter, Studenten usw., die in Frankreich leben, dem in Algerien selbst herrschenden Kriegsrecht mit seinen unerhörten Willkürlichkeiten und Gewalttätigkeiten zu unterstellen. Wohl erhebt sich gegen diese Vorlage, die allen demokratischen Überlieferungen Frankreichs ins Gesicht schlägt, ja die Verfassung selbst offenkundig verletzt, ernstlicher Widerstand, sogar in den Reihen der Partei Mollets; allein es ist noch keineswegs sicher, daß die Regierung ihren Plan mit Hilfe eines charakterlosen Parlaments nicht dennoch durchdrückt, obwohl damit die Fiktion, Algerien sei ein Bestandteil Frankreichs selber, wie die Normandie oder die Provence, und seine Bewohner würden rechtlich nicht anders behandelt als die Bürger des Mutterlandes, endgültig

zusammenbrüche. Oder geht auch Alt-Frankreich, wie viele Beobachter glauben, wirklich einem faschistischen Regime entgegen, sei es mit Marshall Juin oder mit General de Gaulle als «Retter des Vaterlands» an der Spitze?

Zwischen Mittelmeer und Pazifik Die Veranstalter des Kalten Krieges jagen inzwischen auch auf den asiatischen Schauplätzen, vom Mittelmeer bis zum Stillen Ozean, den Illusionen ihrer «Politik der Stärke» nach. Im *Mittelosten* entfaltet sich die «Eisenhower-Doktrin» mehr oder weniger planmäßig, aber — trotz örtlicher Erfolge — im ganzen doch auf eine Art und Weise, daß ihr Versagen auf weitere Sicht unausbleiblich ist. In die von England und Frankreich früher besetzten Stellungen rückt immer ungenierter der amerikanische Neu-Imperialismus ein, der sich, genau wie seine Vorgänger, auf die reaktionärsten Elemente in den arabischen Staaten stützt: auf König Saud und sein Sklavenhalterregiment, auf König Hussein und seinen feudal-nomadischen Klüngel, auf die konservative Regierung des Libanons usw., während die Vereinigten Staaten gegenüber Israel ihre zweideutige Haltung nach wie vor bewahren, können sie doch sicher sein, daß ihnen der um sein Leben kämpfende junge Staat sowieso treu bleibt. . . Das Mildeste, was man von dieser Politik sagen kann, ist, was Walter Lippmann — vorsichtig, wie er gegenüber Washington ist — so formuliert hat: «Unsere wirkliche Politik im Mittelosten besteht darin, kühne und laute Worte über etwas zu machen, was wahrscheinlich nie passieren wird: ein offener militärischer Angriff der Sowjetunion, um die wirklichen Fragen herum aber einen Zickzackkurs zu beschreiben und sich irgendwie durchzuwursteln, ohne es mehr zum Schießen kommen zu lassen.» Und eine solche Politik sollte den Frieden sichern können?

In *Südostasien* stehen die Aussichten für den Erfolg des Kalten Krieges nicht besser. Auch hier suchte Washington den Völkern einzureden, daß der Kommunismus ihr großer Feind sei, daß sie einem militärischen Angriff von seiten der Sowjetunion und nun «Rotchinas» ausgesetzt seien, und daß sie sich darum in ihrem eigenen Interesse der amerikanischen Führung anvertrauen müßten, mit Empfang militärischer und wirtschaftlicher Hilfe gemäß den Zielen und Methoden der amerikanischen Politik. Gerade das aber lehnten und lehnen die südostasiatischen Völker immer bestimmter ab. Wenn sie sich verteidigen müssen, so wollen sie das gemäß ihren eigenen Vorstellungen von Sicherheit und Bundesgenossenschaft tun, ohne Bedingungen von auswärts her, die an die Gewährung militärischer Hilfe und wirtschaftlicher Förderung geknüpft werden. Die Südostasiatische Vertragsorganisation (SEATO), das Gegenstück der NATO im Raume des Indischen und Stillen Ozeans, ist so nie zu wirklichem Leben gekommen; die südostasiatischen Länder sind dem amerikanischen Führungsanspruch mehr

und mehr entglitten, wenn auch einzelne von ihnen — besonders Pakistan und Siam — zu regelrechten Satelliten der Vereinigten Staaten geworden sind, an denen ihre herrschenden Klassen den besten Rückhalt für die Aufrechterhaltung ihrer Vorrechtsstellung gegenüber der andrängenden sozialen Revolution zu haben glauben.

Auch die ganze Freiheitsideologie, mit der Amerika die südostasiatischen Völker zu gewinnen sucht, macht auf sie herzlich wenig Eindruck. Was der *indonesische* Präsident Dr. Sukarno jetzt vor einem Jahr — am 22. Juni 1956 — in einem Vortrag vor Professoren und Studenten der Universität Heidelberg sagte, das gilt für die «rückständigen» Völker Asiens (und anderer Weltteile) überhaupt:

«Unser Staat ist auf demokratischer Grundlage aufgebaut. Aber welchen Wert hat die Demokratie für einen hungrigen Menschen? Kein Mensch kann von Stimmgabeln leben. Ein hungriger Mensch ist unzufrieden. Ein Mensch, dessen Kinder Hunger leiden, ist verzweifelt. Ein hungriger Mensch hat nur wenig Verständnis für demokratische Ideale (unsere Freiheitsdogmatiker mögen sich an diesem Wort stoßen! H. K.) und neigt nur allzu leicht zu politischen Extremen . . . Unsere Wirtschaft ist unterentwickelt, das ist wahr. Das Potential unseres Volkes ist wirtschaftlich nicht ausgenützt, auch das ist wahr. Aber eine Nation lebt nicht nur aus ihrer Wirtschaft. Ein Staat lebt aus der Quelle seiner moralischen Werte und seiner geistigen Substanz . . . Man nennt uns Neutralisten; aber wir betreiben keine Politik der Neutralität. Ein Neutralist hält sich den internationalen Konflikten fern; wir dagegen nehmen aktiven Anteil an den Auseinandersetzungen der Welt . . . Es ist wahr, daß wir uns keinem der großen Machtblöcke angeschlossen haben; es ist ebenso wahr, daß wir auch in Zukunft unsere Unabhängigkeit bewahren werden, denn es ist unsere feste Ueberzeugung, daß die Teilung der Welt in zwei Lager niemals den Weg zur Einigung der Menschheit öffnen wird.»

Das tönt nicht gut in den Ohren westlicher Menschen, die an die Rede von der Einigung der Menschheit durch den «amerikanischen Frieden» und die amerikanisch-europäisch verstandene «Freiheit» gewöhnt sind. Sie nehmen es darum den Indonesiern auch sehr übel, daß sie ihre eigene Form von Demokratie entwickeln und neuerdings einen Begutachtenden Landesrat ernannt haben, der der Regierung «erwünschten wie unerwünschten Rat» geben soll; das sei — weil die Kommunisten die Neuerung begrüßen — eine Annäherung an das Sowjetsystem und zeige, wohin die gegenwärtige indonesische Regierung neige. Tatsächlich soll der Landesrat, wie Präsident Sukarno sagte, eine Rückkehr zu der Ordnung gegenseitiger Hilfe (*gotong royong*) und gegenseitiger Aussprache (*musjawarah*), die so lange die Grundlage der indonesischen Demokratie gewesen sei, und ein Beitrag zur Überwindung einer bloß niederreisenden Opposition sein, die im jetzigen Stadium der indonesischen Entwicklung unerträglich wäre. Der Landesrat (der neben und über dem Parlament steht) ist im übrigen aus drei Hauptgruppen zusammengesetzt, welche die Regierung, dann die Berufsstände, Religionsgemeinschaften usw. und schließlich die verschiedenen Landesteile vertreten. «Das Letzte», so bemerkt der Londoner «New Statesman» (22. Juni), «ist entscheidend wichtig, denn neben

dem Krebsübel der Bestechlichkeit ist die Überzentralisierung das gefährlichste Gebrechen Indonesiens.»

Die amerikanische Politik wird sich wohl damit abfinden müssen, daß Indonesien wie die anderen Völker Südostasiens immer bewußter eigene Wege gehen. Erst recht aber wird sie von ihrem hartnäckig weiterbetriebenen Versuch ablassen müssen, die Staaten des engeren *Fernostens* zu bevormunden und in ihr Weltsystem einzugliedern. Tatsächlich entzieht sich denn auch vor allem Japan mehr und mehr der amerikanischen Beherrschung. Und zwar ist es nicht nur die Erinnerung an Hiroshima und Nagasaki und die Schädigung japanischen Lebens durch die neuesten amerikanischen Atombombenabwürfe, was Japan veranlaßt, die Rolle eines «fernöstlichen Deutschlands» abzulehnen, die Washington ihm zumutet, sondern noch viel mehr seine enge Verbundenheit mit dem asiatischen Festland, hinter der alle Vorteile, die der japanische Kapitalismus und Nationalismus aus der Gefolgschaft gegenüber den Vereinigten Staaten ziehen mag, zurücktreten. Noch besitzt die amerikanische Machtpolitik in den Regierungen Formosas und Südkoreas willige Werkzeuge für ihren Kampf gegen das neue *China*. Aber die amerikafeindliche Revolte, die letzthin plötzlich in Formosa aufgeflammt ist, hat in Washington doch zu denken gegeben und läßt es zweifelhaft erscheinen, wieviel die angeblich so glänzend ausgerüstete und geschulte Armee Tschiang Kai-scheks in einem Krieg gegen China wert wäre. Ähnliches gilt für Südkorea, das jetzt von den Vereinigten Staaten auch Atomwaffen bekommt, aber von der Verwirklichung des alten Traumes seines greisen Diktators Syngman Rhee, das kommunistische Nordkorea durch Krieg zerstören und damit auch dem neuerstandenen China einen tödlichen Stoß versetzen zu können, so weit entfernt scheint wie 1950. Offenbar rechnet Mr. Dulles, der böse Geist der amerikanischen Außenpolitik, immer noch mit einer — von ihm und seinen Leuten natürlich kräftig beförderten — inneren Aufweichung Chinas, die es ihm erlauben werde, von Formosa wie von Südkorea aus China in die Zange zu nehmen und die «kommunistische Pest» mindestens in Ostasien auszurotten. Allein die fortschreitende Aufweichung seiner eigenen chinafeindlichen Stellungen durch die Lockerung des Wirtschaftsboykotts der Westländer gegenüber China und durch die immer stärker werdende Neigung der UNO-Staaten zur Aufnahme Chinas in ihren Kreis — all das, im Verein mit der Unsicherheit des Regimes Tschiang Kai-scheks wie Syngman Rhees, macht doch den Eindruck, daß die amerikanische Machtpolitik in Ostasien auf schwachen Füßen steht. Einer Zerreißprobe, die unversehens kommen könnte, wäre sie schwerlich gewachsen.

Kampf um Eisenhower Das Versagen der «Politik der Stärke» auf der ganzen Linie regt in den Vereinigten Staaten weit herum zu einer Überprüfung des bisher gesteu-

ten politischen Gesamtkurses an. Als erste Folgerung und Forderung drängt sich dabei die entschlossene Anhandnahme der militärischen *Abrüstung*, an Stelle des uferlosen Weiterrüstens, auf. Wie konsequent dabei schon gedacht wird, möge ein erstaunlicher Leitartikel der sehr bürgerlichen, aber verhältnismäßig unabhängigen «Detroit News» (2. Mai 1957) — eines Blattes mit Millionenaufgabe — zeigen, der die Behauptung von der Erkämpfung der Abrüstung durch vorherige Atomrüstung scharf zurückweist.

«Es heißt», so lesen wir hier, «alle menschliche Erfahrung mißachten, wenn man glaubt, die Abrüstung komme auf diesem Wege. Da Wettüsten aus Furcht stammt und durch Furcht genährt wird, hat es überhaupt kein vernünftiges Ziel. Ein Land kann nie sagen, es habe genug, weil genug immer mehr ist als der andere hat. Das Wettüsten wird außerdem von mächtigen Bürokratien gelenkt, die militärische, politische, wirtschaftliche und wissenschaftliche Machtbereiche umfassen. Ihre ungeheuer verwickelte Organisation ist ganz auf Produktion ausgerichtet und schert sich den Teufel um die Ziele. Einmal in Betrieb, gewinnt sie ein fast unwiderstehliches Schwergewicht, zum Teil weil sie die Rüstungsgeheimnisse monopolisiert und damit die Kritik zum Schweigen bringt.

Abrüstung kann nur auf *eine* Art beginnen: durch kühnes Handeln auf höchster Ebene. Die britische oder die amerikanische Regierung muß den Mut haben, ihre Gelegenheit zu ergreifen. Sie müssen den Befehl zum Handeln geben, bevor sie die unbedingte Sicherheit haben, daß solches Handeln gänzlich ohne Gefahr ist. Wenn die Versuche mit Kernwaffen überhaupt eingestellt werden sollen, so müssen *wir* sie einstellen. Wir können das nicht tun — und werden es nie tun können — ohne ein Risiko auf uns zu nehmen. Sonst haben wir nur die Wahl, mit der Fortsetzung unseres Weges ein noch viel größeres Risiko einzugehen. Glaubst denn irgend jemand, die Welt werde sicherer, wenn wir die Atomexplosionen vervielfachen? Nimmt irgend jemand an, die Abrüstung werde weniger schwierig, wenn die vierte Atommacht auf den Plan trete?»

Die abrüstungswilligen Kreise in der amerikanischen Regierung selbst gehen natürlich lange nicht so weit wie der Verfasser dieses kühnen Artikels. Aber offenbar hat General Eisenhower doch den Wunsch, als «Friedenspräsident» in die Geschichte einzugehen und dem Gelöbnis der Teilnehmer der Genfer Konferenz von 1954, auf Krieg als Mittel der Politik endgültig zu verzichten, treu zu bleiben. Dazu kommt, daß die ganz übermäßige Aufblähung der amerikanischen Rüstungsindustrie die Vereinigten Staaten auf die Länge unerträglich belastet und zerrüttet und sie zur Bestreitung des weltweiten Wettbewerbs mit den kommunistischen Staaten auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet mehr und mehr unfähig macht. Die Verminderung der Reibungsflächen, die zwischen der kapitalistisch-bürgerlichen und der sozialistisch-kommunistischen Welt liegen, ja die planmäßige Führung einer diesmal endgültigen «Politik der Koexistenz» würden so Hauptziele eines amerikanischen Weltkurses, der für Typen wie Dulles, Radford und Knowland keine Verwendung mehr hätte.

Aber gerade wenn wir dies aussprechen und klar sehen, wissen wir auch, welch ungeheure Hindernisse auf diesem Weg drohen. Die Bediener und Nutznießer der amerikanischen Rüstungsmaschinerie

haben Eisenhower und seinem Kreis den erbittertsten Kampf angesagt. Die Generale und Admirale warnen fast täglich vor einem Nachlassen der Kriegsbereitschaft und mobilisieren fieberhaft die Organe der sogenannten öffentlichen Meinung — der allbeherrschenden Meinungsindustrie und Stimmungsfabrikation — für ihre Zwecke. Sie wissen die Vereinigten Staaten in der Herstellung interkontinentaler Ferngeschosse, mit einer Reichweite von 8800 und mehr Kilometern, der Sowjetunion überlegen und glauben zuversichtlich, von den 250 militärischen Stützpunkten um die Sowjetunion herum dank solchem Vorsprung und dank der verhältnismäßigen geographischen Geschüttheit der USA eines Tages Moskau auf die Knie zwingen zu können.

Gleichzeitig setzen die Interessenten der *Rüstungsindustrie* alles in Bewegung, um ihre riesigen Produktionsanlagen in Gang zu halten und ihre Gewinne zu behaupten oder zu steigern. Wie wir aus der höchst aufschlußreichen Studie eines Fachmannes, Vern Haugland, in «The Nation» (1. Juni) erfahren, entfielen im Jahr 1956 mehr als 21 Prozent der amerikanischen Rüstungsausgaben auf Ferngeschosse, gegen ein Prozent noch vor sieben Jahren. Die Ferngeschosßindustrie hat in kürzester Zeit einen beispiellosen Aufschwung genommen und die Flugzeugindustrie direkt revolutioniert. Die unter der Leitung von General Schriever stehenden 16 Hauptunternehmungen für Ferngeschosse (hinter denen noch mehr als 200 größere Hilfsunternehmen stehen), beschäftigen allein über 75 000 Arbeitskräfte, gegen nur 7000 vor einem Jahr.

Die Bevölkerungszunahme, so schreibt Haugland, im Raume der Prüfungszentren für Ferngeschosse wie Patrick Air Force Base (Florida) und Alamogordo (Neumexiko) ist phantastisch. Die Abteilung für Ferngeschosse der Lockheed-Flugzeugwerke in Burbank bei Los Angeles hat letztes Jahr ihren Absatz verdoppelt und erwartet für 1957 eine weitere Erhöhung um 50 Prozent. Ihre Fabrikationsanlagen haben sich seit 1955 um 90 Prozent erweitert. Im Jahre 1956 hat dort die Zahl der Arbeitskräfte fast um 100 Prozent zugenommen; der Absatz der Ferngeschosßabteilung ist heute geldmäßig so groß wie derjenige der ganzen amerikanischen Flugzeugindustrie vor 20 Jahren. Auch die Ferngeschosßabteilung der North American Aviation Inc. hat ihre Fabrikationsanlagen im letzten Jahre auf mehr als den doppelten Umfang gebracht und beschäftigt jetzt über 10 000 Arbeitskräfte. Die Reaction Motors Inc. in New Jersey, die sich «Amerikas erste Ferngeschosßunternehmung» nennt, vermochte ihren Absatz von 7 500 000 Dollar im Jahre 1955 auf 16 193 000 Dollar im nächsten Jahre zu erhöhen. Und so fort.

So wirken die verschiedenartigsten Interessen und Kräfte zusammen, um in den Vereinigten Staaten selber jede ernsthafte Abrüstung zu blockieren. Und ähnliches trifft für die *europäischen* Verbündeten und Gefolgsstaaten der USA zu. Besonders die westdeutschen Regierer liegen ja Eisenhower ständig in den Ohren, um ihm das Versprechen abzugewinnen, daß keinerlei Abrüstungsvereinbarung ohne Zustimmung der übrigen NATO-Mitglieder (das heißt Bonns) und ohne vorherige Lösung der Deutschlandfrage (im Sinne Adenauers natürlich) getroffen werde, was der Präsident auch jedesmal hoch und heilig

zusagt. Wie sollten da die von ihm gleichzeitig unterstützten Bemühungen seines «Abrüstungsbevollmächtigten» Stassen irgendwelchen echten, dauerhaften Erfolg haben? Auch ein stärkerer Mann als Eisenhower, auch ein zum frontalen Kampf mit den Kriegsmächten entschlossener Staatsmann stünde angesichts der Gegenoffensive der Militärgläubigen vor einer fast übermenschlichen Aufgabe — wieviel mehr der vorsichtig lavierende ehemalige Vierstern-General, den die gerissenen Wahlstrategen seiner Partei zum größten Amerikaner des Jahrhunderts hinaufgeschwindelt haben, nunmehr aber kühl und sachlich fallenlassen, nachdem sie ihn für ihre Zwecke ausgenützt haben! Bei der nächsten Präsidentenwahl im Jahre 1960 kann Eisenhower ja doch nicht mehr kandidieren; mag also der Mohr gehen, sobald er will — er hat seine Schuldigkeit getan. Und falls er schon vor Ablauf seiner Amtszeit abzutreten gezwungen sein sollte, so steht in der Kulisserie längst Vizepräsident Nixon bereit, der nicht nur, wie Truman, ein routinierter politischer Handwerker ist, sondern auch ein erfolgreicher Demagog und namentlich ein gefährlicher Scharfmacher in der äußeren Politik, mit dem die Militärs und Rüstungsindustriellen leichtes Spiel hätten. . .

Licht aus dem Osten! Es bleibt dabei: Von Amerika, der Vormacht der «freien Welt», ist für die Sache des Friedens nichts oder weniger als nichts zu erwarten, soweit Menschen sehen können. Wie steht es aber mit seinem großen Gegenspieler, dem östlichen *Kommunismus* und dessen Hauptträgern, der Sowjetunion und China? Ihr Friedens- und Abrüstungsverlangen ist, wie ich überzeugt bleibe, durchaus echt — aber ihr Glaube an die Gewalt als regelnde Kraft im nationalen und internationalen Leben droht immer wieder all ihre Bemühungen zuschanden zu machen. Ungarn ist in dieser Hinsicht geradezu ein Schulfall; so ist denn auch der Ungarnbericht der Vereinten Nationen, der sich einseitig auf Aussagen von geflüchteten Ungarn stützt, (vielleicht stützen *mußte*), ein richtiges Propagandaarsenal für den Kalten Krieg gegen den Kommunismus geworden und wird nun aufs neue von den Vertretern und Anhängern der *westlichen* Gewaltpolitik schamlos ausgeschlachtet. Um nur einen Punkt herauszugreifen: die Tatsache, daß Imre Nagy Ungarn aus dem Ostblock zu lösen und mindestens moralisch an die Seite der Westmächte zu führen im Begriff stand, wird in dem Bericht lange nicht in ihrer vollen Tragweite gewürdigt und darum auch die nach den herrschenden Begriffen fast unwiderstehliche Versuchung für die Russen, diese Erschütterung ihres Machtsystems mit allen Mitteln abzuwehren, sehr leicht genommen.

Aber lassen wir das. Wichtiger ist das Schicksal der «*Entstalinisierung*», die durch die ungarische und vorher schon die polnische Abfallbewegung in der Sowjetunion einen ersten Rückschlag erlitten hat. In-

zwischen hat sie aber durch den großen Plan Chruschtschews für die Dezentralisierung und Demokratisierung der sowjetischen Wirtschaft einen neuen Auftrieb erhalten. *Wenn* der Plan wirklich durchgeführt wird, darf man davon einen bedeutenden Fortschritt in der guten Richtung erwarten. Maurice Voge faßt es im «Christianisme Social» (Mai-Juni-Heft) knapp zusammen:

«Die Arbeiter werden nicht mehr einer namenlosen, fernen Zentralverwaltung (wie in unseren nationalisierten Unternehmungen) gegenüberstehen, sondern ihre Forderungen bei der verantwortlicheren Leitung des Unternehmens selber anbringen können. Die Technokraten gewinnen die Oberhand über die Bürokraten. Sie können ihre Auffassung besser zur Geltung bringen. Sie bekommen . . . eine bessere Entschädigung für ihre Dienste durch ihre finanzielle Interessierung an der Produktion. So bildet sich ein freiheitlicheres weltpolitisches Spiel zu dreien heraus, zwischen der Partei mit ihren Bürokraten, der Arbeiterschaft und den Technikern — ein Spiel, das zu einer Liberalisierung des Regimes führen muß, wenn die Kriegsdrohung weicht.»*

Die hoffnungsreichste Kunde kommt uns aber aus *China* mit der Rede Mao Tse-tungs über «Die richtige Behandlung der Gegensätze im Volk», die schon im Februar gehalten wurde, aber erst jetzt, im Juni, veröffentlicht werden durfte. Isaac Deutscher bezeichnet sie im «New Statesman» (29. Juni) als eine höchst radikale Zurückweisung des Stalinismus, die gründlicher sei und tiefer gehe als die ganze heftige Polemik Chruschtschews gegen den «Personenkult» um Stalin und die Irrtümer» des Diktators. Mao läßt tatsächlich den Anspruch des Kommunismus — mindestens in China — auf Alleinherrschaft und Alleingültigkeit fallen, trennt den Sozialismus vom totalitären Staat und befürwortet — von ausgesprochen gegenrevolutionärer Tätigkeit abgesehen — den freien Wettbewerb der Ideen, einerlei woher sie kommen. «Laßt hundert Blumen blühen und hundert Gedankenrichtungen miteinander kämpfen», auch wenn das Gefahren mit sich bringt und auch Unkraut mitwuchert, das eben nicht von Anfang an erkannt und ausgeraut werden kann — das ist seine neue Heilsbotschaft. Wer wird dabei nicht an Jesu Gleichnis vom Unkraut unter dem Weizen erinnert? Und wer sieht hier nicht bestes liberales Gedankengut des Westens eine eigentliche Auferstehung feiern?

China ist ja von Anfang an mit seiner sozialen und nationalen Revolution andere Wege gegangen als Rußland. Der chinesische Kommu-

* Die Ausschaltung der «alten Stalinisten» Molotow, Malenkow und Kaganowitsch sowie ihres Mitläufers Schepilow, die letzte Woche soviel internationales Aufsehen erregt hat, weist in dieselbe Richtung. Ich glaube zwar von den Anklagen, die gegen die vier «Staatsfeinde» geschleudert wurden, nicht den zehnten Teil; der ganze Jargon, in dem die Verhandlung gegen die «Verschwörer» geführt wurde, gehört offenbar auch *nach* der Ära Stalin zum offiziellen Kampf gegen die «Konterrevolutionäre». Aber das Entscheidende ist immerhin, daß den Chruschtschew, Bulganin und Genossen sehr viel daran liegt, alle inneren Hemmungen für ihre Liberalisierungs- und Entspannungspolitik radikal zu beseitigen. Der neue Kurs, der am 20. Parteitag der KPSU verkündet wurde, wird trotz allen Rückschlägen sehr entschlossen festgehalten. (9. Juni.)

nismus ist — durch äußere Umstände wie die Besiegung der inländischen und ausländischen Gegenrevolution vor seinem Aufstieg zur Staatsmacht begünstigt — insbesondere nie ausschließlich gewesen, sondern hat immer die Zusammenarbeit von Arbeitern, Bauern, Kleingewerbetreibenden und «nationaler Bourgeoisie» erstrebt — in einer «gemischten Wirtschaft», deren sozialistischer Sektor sich friedlich und allmählich erweitern solle, nicht durch die gewaltsame Zerstörung und Ausrottung des «privaten Sektors», wie in der Sowjetunion*.) Daß aber der Führer der siegreichen chinesischen Revolution jetzt in aller Form vom Totalitätsanspruch der kommunistischen Lehre und Praxis abrückt und den Aufbau des Sozialismus durch freien Ideenkampf, solidarische Anstrengung aller Volksschichten und fortschreitende Schaffung gemeinwirtschaftlicher Einrichtungen verkündet, das ist recht wohl imstande, eine Wendung auch im außerchinesischen Kommunismus und weittragende Auswirkungen auf die Weltentwicklung auch dann herbeizuführen, wenn weder China noch die Sowjetunion oder die osteuropäischen Volksrepubliken ein Mehrparteiensystem nach westlich-bürgerlichem Muster zuzulassen gedenken. «Politisches Dynamit für Rußland» nennt Deutscher die Rede Maos (die viel mehr ist als eine bloße Rede). Das mag sein, wie es will; auf jeden Fall trägt Maos China zur Entstalinisierung des europäischen Kommunismus wesentlich bei und wird damit wie durch das zunehmende Gewicht seines gewaltigen, lebensvollen Staats- und Wirtschaftsgefüges eine Macht in der Weltpolitik, die — mit Indien und den anderen blockfreien Ländern zusammen — entscheidend mithelfen mag, die unselige Aufspaltung der Menschheit in zwei tödlich verfeindete Lager noch rechtzeitig zu überwinden und die friedliche Gemeinschaft der sowohl freien als sozialistischen Völker aufzubauen.

2. Juli.

Hugo Kramer

* Ich erinnere an das im Maiheft von Paul Furrer besprochene Buch «China auf eigenen Wegen» von L. L. Matthias.

Redaktionelle Bemerkung

Der Aufsatz «Neue Wege für den Christen» von Walter Dignath, der in diesem Heft abgeschlossen wurde, ist die Wiedergabe eines Vortrags, der am Ferienkurs der Religiössozialen Vereinigung der Schweiz auf dem Flumserberg im Oktober 1956 gehalten wurde.